



Wenn es auf den Nägeln brennt

Die schulpolitischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien* antworten uns zum Thema Arbeitszeit und Gesundheitsschutz

Sehr geehrte/r Frau/Herr Abgeordnete/r der Hamburger Bürgerschaft Nils Springborn (SPD), Ivy May Müller (Grüne), Birgit Stöver (CDU), Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE); Anna von Treuenfels-Frowein (FDP),

auch wenn die Pandemie nicht besiegt ist, kann man doch wohl davon ausgehen, dass es in naher Zukunft zu keinem weiteren Lockdown an den Schulen kommen wird. Die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre haben gezeigt, dass es den Kolleg_innen an den Schulen gelungen ist, unter den schwierigsten Bedingungen ein gewisses Maß an Beschulung aufrecht zu erhalten. Dies hatte allerdings seinen Preis. Die Umstellung auf hybride Formen oder auch vollen Online-Unterricht hat bei den Kolleg_innen Spuren der Erschöpfung hinterlassen, deren Tiefe nur durch eine konsequente Entlastung verringert werden kann.

Die Besonderheit der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) genügt bereits vor der Pandemie nicht den Ansprüchen eines auf nachhaltigen Gesundheitsschutz setzenden fürsorglichen Umgangs des Arbeitgebers. Sie ist weder den Anforderungen während der Pandemie noch zukünftigen Herausforderungen gewachsen.

In Ihren Antworten können Sie auch gern die bundespolitischen Impulse des aktuellen Wahlkampfgeschehens in Sachen Bildungspolitik mit aufnehmen. Unsere Forderung nach nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse steht seit vielen Jahren, da das eigentliche Unterrichtsgeschehen die primäre psychisch-mentale Herausforderung von Lehrkräften darstellt. Demgegenüber sind alle weiteren Tätigkeiten nachgeordnet.

Im Folgenden unsere Fragen – wir bedanken uns im Voraus für Ihre Antworten

DIE REDAKTION

*Als Gewerkschaft verstehen wir uns als überparteilich und dem Pluralismus verpflichtet. Wenn es wie im Falle der AfD um eine Partei mit deutlich rechtsradikalen Zügen geht, betrachten wir dieses Gebot für nicht einlösbar.


Wie sollen Ihrer Ansicht nach die veränderten Anforderungen an die Arbeit der Lehrkräfte bei der Bemessung ihrer Arbeitszeit berücksichtigt werden?

SPD Corona hat uns allen sehr viel abverlangt. Seit eineinhalb Jahren beherrscht die Pandemie auch die Hamburger Schulen. Auch ich selbst habe vielfältige Neuerungen, Herausforderungen und Belastungen als Klassenlehrer an einer Stadtteilschule erlebt. Unter herausfordernden Rahmenbedingungen mussten alle schulisch Beschäftigten den Schulbetrieb organisieren. Mit viel Engagement und persönlichem Einsatz aller Kolleginnen und Kollegen konnte dies an den Schulen gut gelingen. Dafür möchten wir uns erst mal bei allen sehr herzlich bedanken.

Die Anforderungen an Lehrkräfte, die sich aus der schulischen Digitalisierung ergeben, begleiten wir durch vielfältige Maßnahmen, um sie zu unterstützen. Dazu gehören vor allem die umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen und Unterrichtsmaterialien und Tools sowie die nun erfolgte Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten.

Das Lehrer_innenarbeitszeitmodell ist durchaus so gestaltet und mit ausreichend Zeit versehen, dass neue Anforderungen darin abgebildet werden können. Mit seinen drei Kategorien „Unterricht“,

„allgemeine schulische Aufgaben“ und „schulorganisatorische Aufgaben“ ist es offengehalten und ausreichend, um neue Entwicklungen in das Arbeitsprofil einer Lehrkraft zu inkludieren. So stehen Hamburgs Schulen erhebliche „Organisationsstunden“ für ihre Aufgaben zur Verfügung.

 Die Krise hat Lehrer_innen, genauso wie die gesamte Gesellschaft unvorbereitet getroffen. Aus dem Stand entstand für Pädagog_innen ein Handlungsdruck: Nämlich Unterricht für Schüler_innen in ganz neuen Kontexten, Rahmenbedingungen und Strukturen umzusetzen. Gewohnte Routinen, Abläufe und Strukturen waren über Monate hinaus außer Kraft gesetzt. Es musste improvisiert werden und vielerorts brachen die grundlegenden Bedingungen für Kommunikation und pädagogisches Handeln von einem auf den anderen Tag vorerst komplett weg. Es mussten zunächst Möglichkeiten der Kommunikation eingerichtet und anschließend pädagogische Handlungsräume und Methoden von den Lehrkräften entwickelt werden, damit sie ihren Unterricht und die Betreuung der Schüler_innen nach Möglichkeit wieder aufbauen konnten.

All diese neuen und andersartigen Aufgaben haben zu einem gesteigerten Koordinations- und Kommunikationsbedarf bei Pädagog_innen geführt. Ich denke, eben diesen Bedarf gilt es im

Sinne von mehr Zeit für den Austausch im Team (A-Zeiten) abzudecken. Genauere Ausführungen dazu in Frage 3.

CDU Zunächst einmal stimme ich zu, dass die vergangenen Monate des Distanz- und Hybridunterrichts nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Lehrkräfte eine große Belastungsprobe waren und einen erheblichen Mehraufwand bedeuteten. Da weiterhin strenge Hygienevorschriften und Quarantäneregelungen an den Schulen gelten und die Testpflicht fortbesteht, ist das auch weiterhin der Fall. Daher möchte ich den Lehrkräften an dieser Stelle zunächst einmal für ihren Einsatz in den vergangenen Monaten danken. Viele von ihnen haben die Herausforderungen sehr gut gemeistert und viel Engagement gezeigt.

Aus meiner Sicht ist die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) aber nicht erst in der Coronapandemie, sondern bereits lange vorher an ihre Grenzen gestoßen. Neue Inhalte, Methoden und Formen der Organisation haben den Lehrerberuf in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Fülle der Aufgaben nimmt mehr und mehr zu. Stichworte sind die Erarbeitung schulinterner Curricula für alle Klassenstufen und Fächer, die Einführung der selbstverantworteten Schule, eine viel weiter gehende Individualisierung des Unterrichts, die Inklusion und neue Formen der Lernstandsüberprüfung und der Elternberatung. Alle diese Maßnahmen erfordern einen erheblich höheren Abstimmungsaufwand. Der dafür notwendige höhere Arbeitsaufwand wird in der LAZVO aktuell nicht berücksichtigt. Die CDU- Fraktion fordert daher bereits seit langem, die LAZVO anzupassen und die neuen Aufgaben entsprechend zu systematisieren. (Vgl. u.a. Drs. 21/14661 und Drs. 21/19729)

Die Linke. Mehrfach haben wir von der Fraktion Die Linke, auch in Zusammenarbeit mit der GEW, die Mängel des LAZM und die daraus folgenden Mängel in der LAZVO abgefragt und kritisiert. Die bestehende Verordnung ist seit Jahren überholt und hat noch nicht einmal die letzten Empfehlungen der Evaluierungskommission übernommen. Sie ist sowohl in ihrer Funktion als Planungsmodell wie auch in der Abbildung der verschiedenen Aufgaben an Schule out of date. Zuletzt hatten wir in die Haushaltsverhandlungen im Juni 2021 die Forderung eingebracht, alle Lehrkräfte mit zwei unteilbaren zusätzlichen A-Zeiten zu entlasten. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt.

FDP Das Lehrerarbeitszeitmodell sollte im Grundsatz bestehen bleiben. Jedoch sind wir für eine Evaluierung offen, weil sich die Herausforderungen der Schule von heute verändert haben. Die Evaluierung sollte mit allen Beteiligten gemeinsam stattfinden.

Inwieweit halten Sie das jetzige Verfahren der minutengenauen Abrechnung der Lehrer_innentätigkeit für pädagogische Arbeit sinnvoll?



Fotos: hlz

SPD Hamburg hat über 20.000 Lehrkräfte. Die Schulleitungen haben die Aufgabe, Unterricht und pädagogische Aufgaben zu organisieren. Dies ist eine große Managementaufgabe. Als Lehrer, der an einer Stadtteilschule unterrichtet, weiß ich, dass zeitliche Vorgaben in der Pädagogik nicht immer begrüßt werden. Dennoch ist es wichtig, die Abrechnung genau erfolgen zu lassen. Wir brauchen ein konkretes Arbeitszeitmodell, um Unterricht gut zu organisieren, die Arbeitszeit von Lehrkräften gerecht zu gestalten und genau nachvollziehen zu können, ob in gewissen Bereichen ggf. Steuerungsbedarf besteht.

Ich denke, dass das Lehrer_innenarbeitszeitmodell sowohl Vorteile als auch Schwierigkeiten mit sich bringt. Einerseits schafft diese Form der Steuerung von Arbeitszeit eine Sichtbarkeit für viele Teilbereiche der Lehrer_innenarbeit, wie die außerunterrichtlichen Tätigkeiten, die oft – ob im politischen Diskurs oder im gesellschaftlichen – als Nebentätigkeit verstanden und zu wenig wertgeschätzt wird. Zugleich birgt das LAZVO aber auch seine Schwierigkeiten. Beispielsweise ist eine mittelfristige bis langfristige Evaluierung notwendig, um den realen Aufwand von Tätigkeiten im Modell abzubilden. Dies ist ausgehend vom Koalitions-

vertrag nicht in dieser Legislatur vorgesehen. Als Grüne sehen wir allerdings für die darauf folgende Wahlperiode an dieser Stelle Handlungsbedarf.

CDU Die Lehrerarbeitszeitverordnung wurde ursprünglich als Planungsinstrument zur Erfassung der Lehrer_innenarbeitszeit eingeführt. Das halte ich grundsätzlich für sinnvoll. Das frühere Pflichtstundenmodell, demzufolge alle Lehrerinnen und Lehrer einer Schulform unabhängig vom Aufwand der Vorbereitung der Unterrichtsfächer und sonstigen pädagogischen Aufgaben dieselbe Zahl von Unterrichtsstunden pro Woche geben, wird weder der Unterschiedlichkeit der verschiedenen Fächer noch der Aufgabenvielfalt der Lehrer_innenschaft gerecht. Daher war die Einführung der LAZ aus unserer Sicht grundsätzlich richtig. Sie sollte die vielfältigen Aufgaben wie u.a. die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, aber auch Elternkontakte, organisatorische Aufgaben und Fortbildungen besser abbilden und dadurch die Belastungen für die Lehrkräfte besser planbar machen und gerechter verteilen. Allerdings hat die Aufgabenfülle in den vergangenen Jahren derart zugenommen, dass die LAZVO diesen Ansprüchen in ihrer jetzigen Form nicht mehr gerecht wird. Sie sollte daher dringend evaluiert und angepasst werden.

DIE LINKE. Wie unter Frage 1 erwähnt, ist eine „minutengenaue Abrechnung“ kaum sinnvoll, da der Anteil sozialer Aufgaben und der von Betreuungsgesprächen, Übergabe-, Fachgesprächen und vielfach nötigen Kooperationsabsprachen etc. gestiegen ist und wechselnde Zeitkontingente erfordert.

FDP Die Praxis zeigt, dass eine minutengenaue Abrechnung schwierig möglich ist. Jedoch ist ein Richtwert sinnvoll.

Welche Formen der Entlastung des Lehrpersonals halten Sie für geboten?

SPD Hamburg hat in der jüngeren Vergangenheit sehr umfangreiche Maßnahmen zur Entlastung getroffen und deutliche Verbesserungen im LAZVO eingeführt. Als Beispiele zu nennen sind die Streichung des zweiten Lernentwicklungsgesprächs und des dritten Präsenztags in den Sommerferien sowie die Deckelung der Höchstzahl an Unterrichtsstunden auf 29 pro Woche. Zudem wurden Lehrkräfte von der Entwicklung der Aufgaben in den Abiturfächern befreit und es erfolgte eine Reduzierung von Klassenarbeiten. Um die neuen Aufgaben wie Inklusion und Ganztagschule an den Schulen zu gestalten, gab es zugleich einen deutlichen Ausbau des schulischen Personals. Zudem gab es zusätzliches Personal für kostenlosen Nachhilfeunterricht, für den Unterricht an Stadtteilschulen sowie für kleinere Grundschulklassen.

Durch die erheblichen Verbesserungen der Personalsituation an allen Schulen ist das LAZVO mit ausreichend Zeit versehen, dass neue Anforderungen darin abgebildet werden können.



Die Grünen Eine Überlegung, an der wir dran sind, um Pädagog_innen zu entlasten, ist zusätzliche Teamzeiten (A-Zeiten) einzuführen. Es braucht Raum, um die Erfahrungen der pandemiebedingten Veränderungen an den Schulen aufzuarbeiten. Der kollektive Austausch schafft Synergien, die dann wiederum entlasten. Teamzeiten können zudem mit Blick auf die Abstimmung zwischen Schulbeschäftigten und außerschulischem Personal, das derzeit im Rahmen der verschiedensten Förderprogramme eingesetzt wird, sinnvoll sein.

Darüber hinaus sehen wir den Bedarf an Zeit für die Arbeit in der gesamten Schulgemeinschaft. Zeit, in der die Entwicklung einer Schule gestaltet und wichtige Themen unter der Beteiligung aller Menschen in Schule bearbeitet werden kann. Gerade nach Corona müssen viele Fragen und Herausforderungen adressiert werden. Die vergangenen einhalb Jahre haben Spuren, Lücken und Fragezeichen hinterlassen. Viele wünschen sich, diese miteinander aufzuarbeiten. Darüber hinaus kommen verstärkt Fragen zur pädagogischen Weiterentwicklung der Schulen auf. Es braucht Räume, in denen Schulen ihre Entwicklung für die Zukunft gemeinsam gestalten können. Deswegen

denken wir aktuell über die Ausweitung der Ganztagskonferenzen nach. So kann mehr Raum für gemeinsame Schulentwicklungsprozesse geschaffen werden, in denen die didaktischen Möglichkeiten und Bedarfe, die im Distanz- und Hybridunterricht gemacht wurden, ausgewertet, aufgearbeitet und möglicherweise in weiterführende Konzepte übertragen werden können.

CDU Lehrkräfte stehen seit Jahren unter enormem Druck. Durch die neuen Anforderungen, die im Laufe der Corona-Pandemie angefallen sind, hat dieser Druck in den vergangenen Monaten noch zugenommen. Neben der überfälligen und dringenden Anpassung der LAZ fordern wir daher eine kurzfristige Entlastung der Lehrkräfte. Dafür haben wir in der Bürgerschaft bereits mehrfach gefordert, allen Vollzeitlehrer_innen ein zusätzliches Stundenkontingent für allgemeine Aufgaben (sog. A-Zeiten) zu gewähren.

DIE LINKE. Letztlich sind die zwei unteilbaren A-Zeiten für jede Lehrkraft nur ein erster Schritt. Eine grundsätzliche neue Evaluation der LAZVO ist nötig; die bisherigen Empfehlungen sollten umfänglich aufgenommen werden bzw. es sollte geprüft werden, welche weiteren Funktionen noch in den letzten Jahren in welchen Umfängen zu der schulischen Arbeit hinzugekommen sind und wie diese technisch und in welchen Zeitumfängen/Faktorisierungen in einer Überarbeitung der LAZVO aufgenommen werden müssen.

FDP Neben einer besseren personellen Ausstattung braucht es unserer Auffassung nach gerade für die Binnendifferenzierung auch mehr Räumlichkeiten. Wir fordern einen Digitalpakt 2.0. Dieser würde zu einer erheblich Entlastung des Lehrpersonals führen.

Welche Bedeutung messen Sie dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals an Schulen bei?

SPD Gesundheitsschutz spielt für jede Schulbeschäftigte und jeden Schulbeschäftigten eine wesentliche Rolle - unabhängig davon, ob man pädagogisch tätig ist oder nicht. Für mich persönlich ist es wichtig, dass die Schulen in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde weiterhin gute und niedrigschwellige Angebote anbieten und auf diese aufmerksam machen. Denn Hamburg bietet hier ein sehr gutes Beratungs- und Unterstützungsangebot. Für alle Beschäftigten an Hamburgs Schulen steht das Referat Gesundheit am Landesinstitut (LI) als Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung. Das Angebot an Beratung, Unterstützung und Information ist sehr groß. Gleichzeitig stellt das LAZ sicher, dass die Arbeitszeit, Aufgaben und Belastung von Lehrkräften transparent und fair verteilt

werden. So sollen unverhältnismäßige Belastungen, die negative Folgen für die Gesundheit haben können, vermieden werden.

CDU Der Gesundheitsschutz spielt wie in jedem Arbeitsverhältnis eine wichtige Rolle im Sinne des Arbeitnehmer_innenschutzes. Für uns Grüne ist eben dieser Arbeitnehmer_innenschutz auch besonders wichtig.

Gerade mit Blick auf die Pandemie hatten und haben wir diese Haltung. Eben deswegen haben wir uns an bestimmten Punkten regelmäßig dafür eingesetzt, dass an den Schulen mehr für den Gesundheitsschutz auch mit Blick auf die Pädagog_innen getan wird. Die von uns frühzeitig eingeforderten mobilen Luftfilter sind dafür ein Beispiel.



CDU Dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals kommt aus meiner Sicht eine große Bedeutung zu. Die Qualität des Unterrichts steht und fällt mit der Lehrkraft. Nicht erst die bekannte „Hattie-Studie“ hat das deutlich gemacht. Die Aufgaben und Herausforderungen der Lehrkräfte nehmen seit Jahren zu. Die Folge ist eine steigende Krankenquote, u.a. aus Gründen der Überlastung. Aus diesen Gründen sind schnellstmöglich Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte angezeigt.

DIE LINKE. Wir messen dem Gesundheitsschutz an Schulen eine hohe Bedeutung zu. In Hamburg arbeitet ein großer Teil der Lehrkräfte in Teilzeit. Wir sehen darin nicht nur einen Ausdruck einer ge-

stiegenen generellen Freizeitorientierung, sondern auch eine individuelle Entlastungsstrategie von beruflichen Belastungen. Mit den zwei unteilbaren zusätzlichen A-Zeiten wollten wir die Belastungen mindern. Zudem hatten wir in der letzten Legislatur den Antrag gestellt, als ersten Schritt an zehn Schulen im Modellversuch Schulgesundheitsfachkräfte einzustellen, da Beispiele aus Hessen und Brandenburg positive Resultate für alle Schulbeteiligten zeigten. Wir forderten zu prüfen, ob aus einer Finanzierungsmischung von Schulbehörde, Gesundheitsbehörde und Krankenkassen mindestens eine Vollzeitstelle je Schule für Gesundheitsfachkräfte eingerichtet werden könnte. Dies wäre das mittelfristige Ziel: eine Gesundheitsfachkraft pro Schule mindestens.

FDP Wir messen dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals eine sehr große Bedeutung bei. Um diesen verantwortungsvollen Beruf auszuüben, muss alles dafür getan werden, dass die Standards eines Gesundheitsschutzes für pädagogisches Personal gewährleistet sind.

Nehmen Sie Stellung zu unserer Forderung, dass kein Pädagoge und keine Pädagogin mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte.

SPD Wie viel eine Lehrkraft unterrichtet, hängt davon ab, wie viele Aufgaben sie außerhalb des Unterrichts übernimmt. Das LAZVO umfasst wie beschrieben nicht nur den Unterricht, sondern auch organisatorische Aufgaben. Damit ist den Schulen eine große Flexibilität gegeben, Unterricht und organisatorische Aufgaben zu gestalten. Die Entscheidung darüber liegt bei der jeweiligen Schulleitung. Im Durchschnitt unterrichten Hamburger Lehrkräfte 24 Stunden pro Woche und damit vergleichbar wie in anderen Bundesländern. Ich halte dies für angemessen.

Grüne Ich kann die Forderung nachvollziehen, da die Belastung groß ist. Jedoch würde ich sagen, dass die Frage nach dem Unterricht im Sinne von „vor der Klasse stehen“ eine aus meiner Perspektive eher statische Frage ist. Denn aus Grüner Sicht wird sich Unterricht im Sinne einer zeitgemäßen Bildung im 21. Jahrhundert weiterentwickeln (müssen). Der klassische Unterricht vor einer Klasse wird Flipper-Classroom-Konzepten oder anderen Formen des stärker individualisierten Lernens weichen. Die Pädagog_innenrolle wird sich schrittweise verändern und sich mehr und mehr über das klassische Modell hinweg entwickeln. Das klingt nun erstmal nach Zukunft, aber ich denke, dass wir davon nicht mehr allzu weit entfernt sind, da sich schon jetzt durch das Lernmanagement System Wege aufzeigen, Unterricht weniger frontal zu gestalten.

Die Frage nach der Belastung von Pädagog_innen sollte natürlich aber auch in derartigen Unterrichtsettings eine Rolle spielen. Auch hier sehe ich mehr Kommunikation und Kooperationszeit als Schlüssel, der durch Synergien in der Zusammenarbeit Belastungen reduzieren kann.

CDU Da einige Unterrichtsfächer eine sehr viel intensivere Vorbereitung und Nachbereitung benötigen als andere, halte ich diese Forderung für zu pauschal. Hinzukommen die Unterschiede zwischen den Schulformen. Auch gilt es, die Fülle an organisatorischen, sozialen und technischen Aufgaben zu berücksichtigen. Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer sind in diesen Bereichen in derselben Weise eingebunden. Vor diesem Hintergrund halten wir die LAZVO auch weiterhin grundsätzlich für geeignet, um die Arbeitszeit der Lehrkräfte besser abzubilden.




DIE LINKE. Das ist eine sehr sinnvolle Forderung, die wir unterstützen. Wir hatten sie selbst in unser letztes Bürgerschaftswahlprogramm aufgenommen. „Die Lehrerarbeitszeitverordnung in ihrer jetzigen Form muss abgeschafft werden. Lehrer_innen dürfen nicht mehr als 20 Stunden Unterricht erteilen.“

FDP Auch hier kann es sich nur um einen Richtwert handeln, denn es kommt auch auf die Fächerkombination und die zusätzlichen Tätigkeiten an.

Was würden Sie bildungspolitisch umsetzen, wenn Ihre Partei nach der Bundestagswahl Regierungsverantwortung übernehmen würde?

SPD Die SPD hat sich in der Koalitionsregierung dafür eingesetzt, dass der Bund die Länder wieder mit finanziellen Mitteln für die Bildungsinfrastruktur unterstützen kann. Das war ein wichtiger Schritt für mehr und gerechtere Bildungschancen. Damit konnten im Rahmen der Digitalpakete von Bund und Ländern wichtige Maßnahmen mit 5 Mrd. Euro unterstützt werden. Dazu gehört der WLAN-Ausbau an Schulen sowie die Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten. Damit konnte zudem aktuell das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ mit 2 Mrd. Euro auf den Weg gebracht werden, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Die SPD wird in ihrer Regierungsverantwortung hier anknüpfen und die Länder weiter finanziell bei den bildungspolitischen Aufgaben unterstützen. Damit können wir nicht nur zusätzliche Investitionen tätigen, sondern gleichzeitig Schulen weiter stärken, die Qualität von Unterricht erhöhen und die Digitalisierung vorantreiben.

 Die GRÜNE Liste ist lang. Ich will ein paar Beispiele geben.

Im Bereich der pädagogischen Arbeit haben wir Folgendes vor:

Wir wollen mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive (von Erzieher_innen, Lehrer_innen und anderen pädagogischen Arbeiter_innen) für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Um den Mangel an Pädagog_innen mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern. Auch im Bereich der Bildungsgeerechtigkeit wollen wir einiges anpacken:

Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung einer integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern. Zudem wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.

Darüber hinaus wollen wir dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken.

Zugleich wollen wir das Bildungssystem im Sinne einer zukunftsgerichteten Bildung transformieren:

Wir wollen mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung, mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen, mit kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt Schulen zu einer Zukunftsbildung in der digitalen Gesellschaft machen. Dafür sind hauptberufliche Administrator_innen notwendig, die die technische Infrastruktur an Schulen aufbauen und vor allem pflegen. Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des Bundes fördern. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den Ländern die Ausbildung der Lehrer_innen mit Blick auf die Möglichkeiten der digitalen Bildung verbessern.

Zudem stehen wir GRÜNE für eine Transformation des Bildungssystems im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Das Konzept zur Veränderung der Bildungsziele, -inhalte, -methoden und -räumlichkeiten, welches von Deutschland im Zuge der UN Dekade unterzeichnet wurde, wollen wir nutzen, um ein kindgerechtes, zukunftsfähiges und inklusives Schulsystem zu fördern. Wir wollen deswegen BNE in allen Bildungsphasen und Bildungsbereichen gemäß des nationalen Aktionsplans BNE verankern.

CDU Die Bildungspolitik fällt in erster Linie in die Verantwortung der Länder. Hier hat die CDU in den letzten Jahren mit ihren Vorschlägen deutlich Akzente setzen können. Die Bundesregierung hat die Länder in den vergangenen Jahren allerdings insbesondere finanziell stark unterstützt. Diese Unterstützung soll fortgeführt werden.

Sehr engagiert hat sich die Bundesregierung in den vergangenen Jahren in der frühen Bildung. Dazu gehört der Kita-Ausbau, der massiv vorangetrieben wurde ebenso wie die Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität in der vorschulischen Bildung. Diese Anstrengungen werden wir auch über 2022 hinaus fortführen.

Wir werden auch weiterhin einen Schwerpunkt auf die Sprachförderung in Kita und Schule legen. Vom Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ hat auch Hamburg in den vergangenen Jahren sehr profitiert. Dieses Programm wollen wir fortführen.

Darüber hinaus werden wir Schulen in sozial schwierigen Lagen auch weiterhin besonders unterstützen. In diesem Zusammenhang ist die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ zu nennen. Und selbstverständlich müssen wir die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, die während der Corona-Pandemie entstandenen Lerndefizite aufzuholen.

Dafür wurde bereits ein Unterstützungsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt.

Wir werden ferner die Qualitätsoffensive Lehrer_innenbildung weiterentwickeln. Außerdem haben die vergangenen Monate besonders eindrücklich die Bedeutung von digitalen Kompetenzen deutlich gemacht. Es ist uns daher ein Anliegen, die digitalen Kompetenzen in der Lehrer_innenausbildung besonders zu fördern. Aber auch Schülerinnen und Schüler müssen in dieser Hinsicht stärker unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur um das technische und informatische Grundverständnis, sondern auch um den Umgang mit Medien.


Schließlich ist es uns in der heutigen Zeit mehr denn je ein Anliegen, die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen und Schulformen zu stärken. Kindern und Jugendlichen sollten gesellschaftliche Werte, Dialogbereitschaft und der Respekt vor Mensch und Natur vermittelt werden. Sie müssen lernen, sich eine Meinung zu bilden und diese selbstbewusst zu vertreten und dabei gleichzeitig offen und tolerant zu bleiben.

DIE LINKE. Aus der Hamburger Position heraus würden wir damit beginnen, die Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention wie auch der UN-Kinderrechtskonvention schulgesetzlich zu verankern und die daraus abzuleitenden Anforderungen an Schule strukturell zu implementieren. Dies würde wesentlich dazu beitragen, die langjährige sich vertiefende Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik zu mindern und dass Schule als Lebens-, Bildungs- und Aufenthaltsort für junge Menschen Schluss macht mit der Reproduzierung von gesellschaftlicher Spaltung, Ungleichheit und Stigmatisierung auf Grund kultureller und ökonomischer Herkunft. Dies anzugehen wäre für uns ein wesentliches Ziel, um zunehmend für soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen zu sorgen. Relevant ist auch die Qualitätssteigerung in der Lehrer_innenausbildung sowie die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Die Finanzierung muss ausgeweitet werden. Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens müssen gestoppt werden. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen würden wir aufheben und gerechte Bildung als eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Ein Bildungsrahmen-gesetz soll die gleichen Rechtsansprüche in jedem

Bundesland absichern und alle Abschlüsse müssten gleichermaßen anerkannt werden. Um Bildung nicht vom Einkommen der Familien abhängig zu machen, muss wirkliche Lehr- und Lernmittelfreiheit gelten: Schüler:innen sollen kostenfrei in den Schulen verpflegt und ebenso kostenfrei zum Unterricht und wieder nach Hause befördert werden.



FDP Wir wollen ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung investieren, das wären rund 2,5 Milliarden Euro, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems notwendig sind. Außerdem muss die Autonomie der Schulen gestärkt werden. Gleichzeitig wollen wir außerschulische Akteur_innen und Inaktive in den Schulalltag vermehrt einbinden. Zudem wollen wir Talentschulen einrichten, um soziale Nachteile zu überwinden. Wir wollen die Mintbildung frühzeitig stärken, um Mädchen gezielt zu fördern.



Blinde Kuh ist die erste deutschsprachige Suchmaschine für Kinder. Seit 1997 finden Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren durch die Suchmaschine, den Katalog und die Teaserings von www.blinde-kuh.de kindgerechte Angebote im Internet. So können sie die ersten Schritte im Netz in einem altersgerechten Surfraum unternehmen. Diese Vernetzung der Kinderseitenlandschaft ist ein wichtiger Baustein des präventiven Jugendmedienschutzes. Gestartet ist Blinde Kuh als ehrenamtliches Projekt engagierter Eltern und wird seit 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senior_innen, Frauen und Jugend, BMFSFJ, gefördert. Sie ist Gründungsmitglied von „Seitenstark“.